

Braunschweig Beteiligungen GmbH

BSBG und BSVG - Nachfolge ERP- und HCM-System

Los 1: ERP-System

Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Auftraggeber: Braunschweig Beteiligungen GmbH
Am Hauptgüterbahnhof 28
38126 Braunschweig

Bekanntmachungs-ID: 549-25 (CXP4Y6JMGW6) (Los 1) (2)

Vergabeart: Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
(SektVO)

Ablauf der Abgabefrist: **31.08.2026**; Eingang: 11:00 Uhr

Abgabeort: Für dieses Verfahren ist **ausschließlich eine elektronische Abgabe** zugelassen.
Bitte nutzen Sie hierzu ausschließlich das
Deutsche Vergabeportal (<https://www.dtv.de/Center>)

Inhaltsverzeichnis

I. Projekt	3
II. Gemeinsame Auftragsvergabe.....	4
III. Gegenstand des Auftrags	5
IV. Teilnahmeanträge.....	6
V. Änderungsvorschläge.....	6
VI. Optionen.....	7
VII. Hinweise zum elektronischen Vergabeportal	7
VIII. Vergabeverfahrensart.....	7
IX. Ablauf des Vergabeverfahrens	8
X. Unterlagen.....	9
XI. Vorläufiger Zeitplan des Vergabeverfahrens.....	10
XII. Kosten/Aufwandsentschädigung.....	11
XIII. Einladung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages.....	11
XIV. Eignungsanforderungen / Mindestanforderungen.....	12
XV. Ausführungsbedingungen	17
XVI. Form des Teilnahmeantrags.....	18
XVII. Auswahl der Bewerber	18
XVIII. Fragen	19
XIX. Besondere Bewerbungsbedingungen.....	19

I. Projekt

Die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) und die Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) schreiben gemeinsam die Beschaffung, Einführung/Implementierung sowie den anschließenden Betrieb und die Anwendungsbetreuung eines modernen ERP- und HCM-Systems aus. Hintergrund ist die notwendige Ablösung der bestehenden Systemlandschaft, die derzeit auf SAP R/3 bzw. ERP (ECC 6.0) basiert und daher mit Ende 2027 ihr End-of-Life erreicht hat und auch funktional und technologisch nicht mehr den Anforderungen an moderne, integrierte und zukunftsfähige Unternehmensprozesse entspricht.

Die Auftraggeber verfolgen das Ziel, ein durchgängiges, medienbruchfreies und revisionssicheres ERP-System inklusive einer Dokumenten- und Workflow-Lösung (insbesondere zur Abbildung eines elektronischen Rechnungsworkflows und einer revisionssicheren Dokumentenablage) sowie ein HCM-System einzuführen, das die kaufmännischen, planungsbezogenen, projektbezogenen und personalwirtschaftlichen Prozesse beider Gesellschaften unterstützt. Die Auftraggeber verfolgen dabei einen Greenfield-Ansatz. Historisch gewachsene Strukturen und "Datenmüll" aus den Altsystemen sollen nicht übernommen werden. Lediglich notwendige Stamm- und Bewegungsdaten werden migriert.

Die zu beschaffende Software soll zukunftssicher und langfristig nutzbar sein. Die angebotenen Lösungen können wahlweise als Public Cloud oder als Private Cloud bereitgestellt werden.

In Bezug auf die Preisgestaltung sollte der Betrieb der Software mit notwendigen Releases Planungssicherheit bieten und skalierbar sein. Ein besonderes Augenmerk wird auf Benutzerfreundlichkeit gelegt, insbesondere sollte der Umgang mit der Software nur wenig IT-Kenntnisse erfordern.

Da die Auftraggeber ihre interne IT-Infrastruktur vollständig an einen externen IT-Dienstleister outgesourced haben, muss der Auftragnehmer die gesamte Verantwortung für den Regelbetrieb, den Support sowie die kontinuierliche Anwendungsbetreuung übernehmen.

Die Vergabe des neuen Systems erfolgt in zwei Losen (ERP inkl. Dokumenten- und Workflow-Lösung vs. HCM). Ziel dieser Struktur ist es, sowohl integrierte als auch

spezialisierte Lösungsangebote zu ermöglichen und den unterschiedlichen Marktgegebenheiten im Bereich ERP- und HCM-Systeme Rechnung zu tragen. Die Losstruktur bildet dabei eine wesentliche Grundlage für die technische Zielarchitektur sowie für die spätere Systemintegration.

Die **Betriebsbereitstellung** der **Cloud-Gesamtlösung** soll zum **01.01.2028** erfolgen.

Die vorausgehende Ausschreibung

EU-Amtsblatt vom 12.03.2026, Nr. 50/2026,

Veröffentlichungsnummer 173717-2026

Berichtigung:

EU-Amtsblatt vom 16.03.2026, Nr. 52/2026,

Veröffentlichungsnummer 179483-2026

musste gemäß § 57 SektVO i.V.m. § 63 Abs. 1 Nr. 1 VgV analog aufgehoben werden, da kein Teilnahmeantrag berücksichtigt werden konnte.

II. Gemeinsame Auftragsvergabe

Bei diesem Verfahren handelt es sich um eine gemeinsame Auftragsvergabe gemäß § 4 SektVO. Auftraggeber sind:

1) Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG)

Am Hauptgüterbahnhof 28

38126 Braunschweig

2) Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG)

Am Hauptgüterbahnhof 28

38126 Braunschweig

Sowohl die **Braunschweig Beteiligungen GmbH** als auch die **Braunschweiger Verkehrs-GmbH** sind bezugs- und leistungsberechtigt aus diesem Auftrag.

III. Gegenstand des Auftrags

Gegenstand des Gesamtauftrags ist die losweise Beschaffung und Einführung eines neuen

- a) Enterprise Resource Planning-Systems (Los 1: ERP-System) und
- b) Human Capital Management-Systems (Los 2: HCM-System)

Die beiden Systeme sollen gemeinsam die verschiedenen Prozesse der beiden Gesellschaften unterstützen, unter anderem Finanzbuchhaltung und Controlling inkl. Reports und Schnittstellen für automatisierten Datenexport, Personalwesen mit Lohnbuchhaltung, Beschaffung und Materialwirtschaft. Neben den beiden Systemen ist angedacht, eine Dokumenten- und Workflow-Lösung zur Unterstützung von dokumentenbasierten Workflows (z. B. Freigaben, Rechnungsprüfung) und für die revisionssichere Dokumentenablage auszuwählen und einzuführen. Derzeit wird bereits ein SAP ERP-System mit einem integrierten Human Resource-Modul (HR-Modul) eingesetzt, das im Rahmen des angebotenen Umfangs migriert werden soll. Das ERP-System muss zudem Schnittstellen zu verschiedenen bestehenden Satellitensystemen aufbauen.

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Es erfolgt eine Aufteilung der Leistungen in 2 Lose.

- **Das Los 1 umfasst die Bereitstellung und Betrieb eines ERP-Systems einschließlich Dokumenten- und Workflow-Lösung,** falls erforderlich Data-Warehouse- und Business-Intelligence-Komponenten, sowie die Projektleistung zur Einführung der Lösungen. Darüber hinaus sind auch der Betrieb und die Anwendungsbetreuung der Systeme nach der erfolgreichen Implementierung Bestandteil dieses Loses.
- **Das Los 2 umfasst die Bereitstellung und Betrieb eines Human-Capital-Management-Systems (HCM)** zur Abbildung der personalwirtschaftlichen Prozesse sowie die Projektleistung zur Einführung der Lösung. Darüber hinaus sind auch der Betrieb und die Anwendungsbetreuung des Systems nach der erfolgreichen Implementierung Bestandteil dieses Loses.

Die vorliegende Ausschreibung umfasst nur das oben beschriebene Los 1 (ERP-System).

Bitte beachten Sie: Klarstellungen zu den in dieser Aufforderung verwendeten Begrifflichkeiten können der Nr. 1.1 der Anlage 2 - Leistungsbeschreibung - Los 1 (ENTWURF) entnommen werden.

IV. Teilnahmeanträge

Die Abgabe mehrerer Teilnahmeanträge auf unterschiedliche Lose / sämtliche Lose ist zulässig. Werden mehrere Teilnahmeanträge abgegeben, muss jeder für sich wertbar sein.

V. Änderungsvorschläge

Änderungsvorschläge an den Vertragsunterlagen (Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen) können, wie folgt, erfolgen:

- Bitte stellen Sie Ihre Änderungsvorschläge bis zum **21.08.2026**. Änderungsvorschläge können über das elektronische Vergabeportal (<http://www.dtyp.de/Center>) gestellt werden. Der Auftraggeber wird dann bereits vor der Angebotsabgabe entscheiden, ob er diese Änderungsvorschläge in die Vertragsunterlagen aufnimmt.
- Änderungsvorschläge können auch dem Angebot beigefügt werden. Die Änderungsvorschläge können im Rahmen des Präsentations-/Verhandlungstermins besprochen werden. Das Erstangebot des Bieters muss aber auch ohne Aufnahme der Vorschläge in die Vertragsunterlagen verbindlich sein und darf nicht nur unter der Bedingung der Umsetzung eines oder mehrere Änderungsvorschläge abgegeben werden.

Hinweis:

- Nutzen Sie bitte die **Anlage A9** – Vorlage Bieterfragen und Änderungsvorschläge. Bitte reichen Sie die **Anlage A9** als Word-Dokument ein. Dies erleichtert die Bearbeitung der Fragen für den Auftraggeber.

- *Hinweise bzgl. allgemeiner Bieterfragen sind zudem in der **Nr. XVIII. dieser Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb** aufgenommen.*

VI. Optionen

- Der Auftraggeber hat das Recht den Vertrag mehrfach zu verlängern.
- Der Auftraggeber ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit Änderungen, Anpassungen und funktionale Erweiterungen der **Cloud-Gesamtlösung** zu verlangen.

VII. Hinweise zum elektronischen Vergabeportal

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kommunikation in diesem Vergabeverfahren über das elektronische Vergabeportal „**Deutsches Vergabeportal**“ (<https://www.dtv.de/Center>) erfolgt.

Für die bloße Einsicht in das Verfahren ist eine Registrierung nicht notwendig, jedoch wird es angeraten sich kostenfrei zu registrieren und sich zu dem Verfahren freizuschalten. Nur durch eine Freischaltung zu dem Verfahren werden Sie auf sämtliche Verfahrensinformationen bzw. auf Änderungen an den Vergabeunterlagen oder neu eingestellte Verfahrensinformationen hingewiesen. Für die Abgabe eines Teilnahmeantrags in elektronischer Form muss jedoch eine Registrierung und Freischaltung erfolgen.

Des Weiteren bitten wir darum, von einer Löschung Ihrer Freischaltung zu dem Verfahren abzusehen, bis Sie dazu aufgefordert werden bzw. Sie eine Absage zu dem weiteren Verfahren erhalten, da das anschließende Angebotsverfahren über das elektronische Vergabeportal fortgeführt werden soll.

VIII. Vergabeverfahrensart

Die Vergabe der ausgeschriebenen Leistung erfolgt im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 SektVO i. V. m. § 15 SektVO.

IX. Ablauf des Vergabeverfahrens

Die Beauftragung der ausgeschriebenen Leistung erfolgt im Rahmen eines EU-weiten Verhandlungsverfahrens gemäß den Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Sektorenverordnung (SektVO).

Die Vergabe erfolgt im Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb).

Das Verfahren gliedert sich in den Teilnahmewettbewerb, in dem Bewerber ihr Interesse bekunden und ihre Eignung nachweisen, und das Verhandlungsverfahren, zu dem ggf. nur eine begrenzte Anzahl von Bewerbern zugelassen und zur Angebotsabgabe aufgefordert wird.

Im Rahmen des vorgeschalteten Teilnahmewettbewerbs werden die Eignungsvoraussetzungen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sowie die Zuverlässigkeit bei den Bewerbern ermittelt und entsprechende Nachweise verlangt. Der Teilnahmewettbewerb schließt mit der Überprüfung der Eignung der Bewerber und ggf. mit der Auswahl der Bewerber durch den Auftraggeber ab, die in dem weiteren Verfahren zur Einreichung von Angeboten aufgefordert werden. Die nicht berücksichtigten Bewerber werden über die Gründe der Ablehnung ihrer Bewerbung um Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren informiert.

Die Bieter können ein **verbindliches Erstangebot** abgeben. Die Bieter werden zudem aufgefordert, ihr Angebot vor dem Auftraggeber im Rahmen einer Präsentation vorzustellen; ggf. finden **Verhandlungsgespräche** statt.

Der Auftraggeber behält sich vor den **Bieterkreis** anhand der verbindlichen Erstangebote zu **reduzieren** und nur die **fünf Bestbietenden** zur Präsentation einzuladen, die Präsentationen als Videokonferenz durchzuführen oder vollständig auf die Durchführung von Präsentationen zu verzichten und auf Grundlage der eingereichten Angebote eine Vergabeentscheidung zu treffen. Zudem ist im Rahmen der Bietergespräche eine **Bemusterung** in der Form einer Verifizierung von einzelnen Leistungsanforderungen vorgesehen.

Auf der Grundlage der eingereichten Angebote wird eine Rangfolge der nach den Vergabekriterien gebildet. Diese werden in der Angebotsphase detailliert bekannt gegeben. Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium.

Soweit erforderlich, werden die verbleibenden Bieter zur **Überarbeitung der Angebote** aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich vor, nach Durchführung der Präsentation, den Zuschlag bereits auf die **Erstangebote** zu erteilen.

Der Auftraggeber wird dem Bieter, dessen Angebot nach den Vergabekriterien als wirtschaftlichstes ermittelt wurde, den Zuschlag erteilen.

X. Unterlagen

Mit den Vergabeunterlagen zum Teilnahmewettbewerb werden nachfolgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

1. Anlage A - Teilnahmeantrag mit

- **Anlage A1** – Bietergemeinschaftserklärung (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A2a** – Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A2b** – Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A3** – Erklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A4** – Erklärung zu Russland-Sanktionen (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A5** – Erklärungen zur Leistungsfähigkeit (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A6** – Erklärung zur Haftpflichtversicherung (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A7** – Referenzdatenblatt (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A8** – Tariftreueerklärung nach dem NTVerG (als ausfüllbares Word-Dokument)
- **Anlage A9** – Hinweise zur Angebotserstellung (als PDF-Dokument)

2. Musterregelungen zur Tariftreue nach dem NTVerG – Dienstleistungsaufträge

3. Entwürfe der Vertragsunterlagen (Hinweis: nicht mit dem Teilnahmeantrag abzugeben!)

- **Mantelvertrag über die Bereitstellung und den Betrieb einer Cloud-Gesamtlösung** (als PDF-Dokument)
- **Teil-Vertrag über die Erbringung von Cloudleistungen** (als PDF-Dokument)
- **Teil-Vertrag über Dienst- und Werkleistungen** (als PDF-Dokument)
- **Anlage 1** – Kontaktinformationen (als PDF-Dokument)
- **Anlage 2** – Leistungsbeschreibung (als PDF-Dokument)
- **Anlage 3** – Kriterienkatalog fuer Cloudleistungen (als PDF-Dokument)
- **Anlage 4** – Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Artikel 28 DSGVO (als PDF-Dokument)
- **Anlage 5** – Preisblatt (als PDF-Dokument)
- **Anlage 6** – Gliederung Nutzerlizenzen (als PDF-Dokument)

XI. Vorläufiger Zeitplan des Vergabeverfahrens

31.07.2026	Absendung der EU-Bekanntmachung
31.08.2026	Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge
39. KW 2026	Versendung der Absagen und der Aufforderung zur Angebotsabgabe
43. KW 2026	Ablauf der Frist für die Abgabe der Angebote
45. / 46. KW 2026	Präsentationen/Verhandlungen
47. KW 2026	Aufforderung zur Überarbeitung der Angebote
48. KW 2026	Frist zur Abgabe überarbeiteter Angebote
50. KW 2026	Versendung der Bieterinformation gemäß § 134 GWB
51. KW 2026	Zuschlagserteilung / Vertragsunterzeichnung

Der Zeitplan ist mit Ausnahme des Termins der Absendung der EU-Bekanntmachung sowie der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge **unverbindlich**.

XII. Kosten/Aufwandsentschädigung

Für die Teilnahme an dem Verfahren und die Bearbeitung des Teilnahmeantrags und des Angebots wird, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben wird, keine Aufwandsentschädigung gezahlt. Insbesondere erwächst aus der Ausarbeitung kein Ersatzanspruch des Bewerbers/Bieters.

XIII. Einladung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages

Falls Sie Interesse an dem Auftrag haben, werden Sie gebeten, den Teilnahmeantrag ausgefüllt und inklusive aller Anlagen über das elektronische Vergabeportal zu übermitteln.

-
- | | |
|------------------|-----------------------------|
| 1. Abgabetermin: | 31.08.2026 11:00 Uhr |
|------------------|-----------------------------|
-
- | | |
|------------|--|
| 2. Abgabe: | Für dieses Verfahren ist <u>ausschließlich eine elektronische Abgabe</u> zugelassen.

Bitte nutzen Sie hierzu ausschließlich das Deutsche Vergabeportal (http://www.dtv.de/Center) |
|------------|--|
-

Bei der elektronischen Abgabe der Teilnahmeanträge genügt die einfache Textform nach § 126b BGB. Eine Angebotsabgabe mittels E-Mail, Fax oder postalisch ist nicht zulässig.

Bitte reichen Sie Ihren Teilnahmeantrag ausschließlich über das dafür beim elektronischen Vergabeportal vorgesehene Bietertool und nicht als Nachricht über das Kommunikationstool ein. Andernfalls kann es unmittelbar zum Ausschluss des Teilnahmeantrags kommen!

Ein Videotutorial mit einer Schritt-für-Schritt-Anleitung zum Bietertool und der Einreichung von elektronischen Angeboten oder Teilnahmeanträgen finden Sie unter: <https://www.youtube.com/watch?v=na-n1kXS80>

Bitte setzen Sie sich frühzeitig mit den technischen Gegebenheiten und Anforderungen des Systems auseinander, da gegebenenfalls zunächst Updates oder Downloads erforderlich sein können.

Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte unmittelbar an den Support des Vergabeportals: <https://support.cosinex.de/unternehmen/> oder in dringenden Fällen:

Service-Telefonnummer: 0900-3-243837

(1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07.00 bis 17.00 Uhr.

XIV. Eignungsanforderungen / Mindestanforderungen

Im Teilnahmewettbewerb werden anhand der Teilnahmeanträge und der mit den Teilnahmeanträgen vorgelegten Erklärungen und Nachweise diejenigen geeigneten Bewerber ausgewählt, die zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren und damit zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

1. Persönliche Lage des Bewerbers

Mit dem Teilnahmeantrag sind die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise abzugeben:

- 1.1 Angabe des Bewerbers (Einzelbewerbung) mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse.
- 1.2 Im Falle der Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft, Angabe sämtlicher Mitglieder der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse.

- 1.3 Im Falle der Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag eine von sämtlichen Mitgliedern unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung vorzulegen,
- a) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,
 - b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der die*der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter*in bezeichnet ist,
 - c) dass die*der bevollmächtigte Vertreter*in die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - d) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 1.4 Im Falle der Einbindung von Nachunternehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen Nachunternehmereinsatz und zu Art und Umfang der Teilleistungen vorzulegen.
- 1.5 Im Falle einer Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung der Unternehmen, deren Kapazitäten für den Nachweis der Eignung in Anspruch genommen werden, vorzulegen, in der das Unternehmen erklärt, dem Bewerber im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen.
- 1.6 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB.
- 1.7 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB.
- 1.8 Erklärung über eine Selbstreinigung gemäß § 125 GWB.
- 1.9 Erklärung zu Russland-Sanktionen gemäß Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022.
- 1.10 Der Bewerber oder im Falle einer Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft die*der bevollmächtigte Vertreter*in hat mit der Abgabe des Teilnahmeantrags zu erklären,
- dass ihr*ihm bewusst ist, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen den Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann;

- dass sie*er sich damit einverstanden erklärt, dass durch den Auftraggeber zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit gegebenenfalls weitere/ergänzende Angaben/Unterlagen angefordert werden können;
- dass sie*er bestätigt, dass sie*er die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb einer vollständigen Überprüfung unterzogen hat und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für den Teilnahmeantrag erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann und sich mit den aufgestellten Verfahrensregeln ausdrücklich einverstanden erklärt.

Hinweis:

- *Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend.*
- *Die Auftragserteilung kann von der Vorlage weiterer Nachweise abhängig gemacht werden.*
- *In den beigefügten Vordrucken sind die entsprechenden Erklärungen enthalten.*
- *Bei Bietergemeinschaften / Arbeitsgemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen.*
- **Erklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB UND Erklärung zu Russland-Sanktionen** sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft sowie im Falle einer Eignungsleihe auch durch diese Unternehmen vorzulegen.

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

2.1 Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung im Auftragsfall mit folgenden Haftungssummen:

- mindestens 1,5 Mio. EUR für Personenschäden,
- mindestens 1,0 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden.

Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der o. g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Bei einer

Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen.

Hinweis:

- *Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend.*
- *In den beigefügten Vordrucken sind die entsprechenden Erklärungen enthalten.*
- *Bei Bietergemeinschaften / Arbeitsgemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen.*

- 2.2 Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters in dem spezifischen Bereich (Bereitstellung und Betrieb von ERP-Systemen) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025 (vorläufig)).

Hinweis:

Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist der Gesamtumsatz für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen.

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

- 3.1 Anzahl der in den letzten drei Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025) jahresdurchschnittlich im auftragsrelevanten Bereich (ERP-System) beschäftigten Personen, gegliedert nach:

- a) Geschäftsführung / Inhaber
- b) beschäftigten Personen - ERP-Systeme
- c) Sonstige Beschäftigte

Hinweis: *Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist die Personalübersicht für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen.*

3.2 Referenzanforderungen Los 1: ERP-System:

Erfahrungsnachweise des Bewerbers in Form der Benennung von Referenzprojekten innerhalb der letzten 5 Jahre (ab 01.01.2021), welche im Hinblick auf die Anforderungen an das vorliegende Projekt vergleichbar sind.

Die Mindestanforderungen an die Referenzen bestehen aus:

- 1. mindestens zwei Referenzprojekten zur Bereitstellung und zum Betrieb eines ERP-Systems (**ERP-Referenzen**) sowie*
- 2. ein (1) weiteres ggf. eigenständiges Referenzprojekt, bei dem dokumentenbezogene Workflows in einer Dokumenten- und Workflow-Lösung implementiert wurden, ggf. auch unabhängig von einem ERP-System.*

Referenzanforderung 1: ERP-Referenzen

Es sind mindestens zwei Referenzprojekte zu benennen, bei denen durch den Bewerber jeweils ein ERP-System:

- 1. in Form eines SaaS-Lösung bereitgestellt wurde (**UND kumulativ**)*
- 2. diese Lösung über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr produktiv betrieben und mit einer Anwendungsbetreuung für mindestens **30 AnwenderInnen** betreut wurde.*

Hinweis: Die Bereitstellung und der Betrieb über ein Jahr müssen beide innerhalb des Referenzzeitraums erfolgt und bis zur Abgabefrist des Teilnahmeantrags vollständig abgeschlossen sein.

Referenzanforderung 2: Dokumenten- und Workflow-Lösung Referenz

Zusätzlich ist nachzuweisen, dass der Bewerber dokumentenbezogene Workflows unter Einbindung einer Dokumenten- und Workflow-Lösung implementiert hat.

Dieser Nachweis kann entweder

- 1. durch eines der beiden benannten ERP-Referenzprojekte erbracht werden, sofern in diesem ERP-Referenzprojekt auch dokumentenbezogene Workflows mittels einer Dokumenten- und Workflow-Lösung implementiert wurden, oder*
- 2. durch ein weiteres eigenständiges Referenzprojekt, bei dem unabhängig von einem ERP-System dokumentenbezogene Workflows unter Einbindung einer Dokumenten- und Workflow-Lösung implementiert wurden.*

Hinweis: Sofern in keinem der beiden ERP-Referenzprojekte die Implementierung dokumentenbezogener Workflows unter Einbindung einer Dokumenten- und Workflow-Lösung enthalten war, ist zwingend ein weiteres Referenzprojekt zur Implementierung dokumentenbezogener Workflows unter Einbindung einer Dokumenten- und Workflow-Lösung einzureichen.

3.3 Übergeordnete Referenzanforderungen

- Es ist möglich dasselbe Referenzprojekt sowohl für das Los 1 (ERP-System), als auch für das Los 2 (HCM-System) anzugeben. In diesem Fall muss das Referenzprojekt beide Referenzanforderungen vollständig erfüllen.
- Im Rahmen der Benennung der Referenzprojekte sind darüber hinaus folgende Angaben notwendig:
 - Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail)
 - Kurze Beschreibung der Leistung / des Projekts
 - Konkret erbrachter Leistungsgegenstand / Anteil an der Gesamtleistung
 - Auftragswert in EUR (netto)
 - Leistungszeitraum (Beauftragung / Beginn / Abschluss / ggf. Abnahme)
 - Referenzschreiben des Auftraggebers mit Angaben zur Einhaltung der Qualitäts-, Zeit- und Kostenvorstellungen des Auftraggebers (nicht zwingend)

XV. Ausführungsbedingungen

Tariftreueerklärung NTVerG

Mit dem Teilnahmeantrag ist die in der Anlage enthaltene Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen gemäß dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVerG) unterzeichnet abzugeben.

Hinweis: Bei Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft sind die Erklärungen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft sowie bei Einbindung von

Nachunternehmen durch jeden Nachunternehmer vorzulegen. Hierzu ist die Anlage „Tariftreueerklärung gemäß NTVergG“ zu verwenden.

XVI. Form des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag ist durch den Bieter inklusive aller Anlagen über das elektronische Vergabeportal abzugeben.

Hinweis zur Einreichung der Unterlagen: Bitte beachten Sie bei der Zusammenstellung Ihrer Unterlagen die Einhaltung ggf. vorgegebener Dateiformate. Diese sind – soweit vorhanden – in Klammern hinter dem jeweiligen Dokument angegeben (z. B. „als ausgefülltes Excel-Dokument“).

Dateiformatvorgaben:

- **Falls kein konkretes Format angegeben ist, sind die Dokumente mindestens als maschinenlesbares PDF-Dokument** einzureichen.
- Achten Sie darauf, dass auch **eingescannt vorliegende Textdokumente** vor der Abgabe mittels **optischer Zeichenerkennung (OCR)** in ein **maschinenlesbares Format** konvertiert werden.

Abweichende Formate:

- Falls Sie von den angegebenen Formaten abweichen möchten, stellen Sie bitte rechtzeitig **eine Bieterfrage**, um abzuklären, ob das gewünschte Format vom Auftraggeber **problemlos gelesen** werden kann.

Ausschlussrisiko:

- Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass **Angebote, die die vorgegebenen Dateiformate nicht einhalten**, vom Vergabeverfahren **ausgeschlossen** werden können.

*In solchen Fällen gelten die Unterlagen als **nicht formgerecht eingereicht**.*

XVII. Auswahl der Bewerber

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt in einem 2-stufigen Verfahren:

1. Zunächst wird geprüft, ob die Bewerbungen form- und fristgerecht eingereicht wurden.

2. Anschließend wird beurteilt, ob die Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Unterlagen grundsätzlich geeignet sind, die in Rede stehenden Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen, d. h. die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben aus den vorgelegten Referenzen sowie die Zufriedenheit der Auftraggeber durch eine telefonische Abfrage zu überprüfen. Bei falschen Angaben sowie bei negativen Auskünften über die Referenz, wird die Referenz von der Wertung ausgeschlossen. Auch die Benennung von Ansprechpartnern, die keine Auskünfte erteilen können, kann zum Ausschluss der Referenz aus der Wertung führen, gleiches gilt für fehlende Angaben zu einem Ansprechpartner.

XVIII. Fragen

Anfragen können unter:

<http://www.dtv.de/Center>

gestellt werden.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die **Kommunikation über das elektronische Vergabeportal** erfolgt.

Hinweis:

- Nutzen Sie bitte die **Anlage A9 – Vorlage Bieterfragen und Änderungsvorschläge**.
- Hinweise zu **Änderungsvorschlägen** sind in der **Nr. V dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe** aufgenommen.

XIX. Besondere Bewerbungsbedingungen

1. Auftraggeber

Braunschweig Beteiligungen GmbH

Am Hauptgüterbahnhof 28

38126 Braunschweig

DE 114 878 729

Braunschweiger Verkehrs GmbH

Am Hauptgüterbahnhof 28
38126 Braunschweig
DE 811 653 476

2. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

- 2.1 Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten, so hat der Bewerber/Bieter unverzüglich und noch vor Abgabe des Teilnahmeantrags bzw. des Angebots darauf hinzuweisen.
- 2.2 Die Bewerber/Bieter werden aufgefordert, im Interesse einer schnellen Beseitigung von Unklarheiten, frühzeitig und im gesetzlich zulässigen Rahmen Ihre Fragen über das elektronische Vergabeportal (<http://www.dtyp.de/Center>) zu übermitteln.

3. Wettbewerbsbeschränkungen

- 3.1 Teilnahmeanträge und Angebote von Bewerbern/Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.
- 3.2 Ebenfalls ausgeschlossen werden Bewerber/Bieter, die rechtskräftig wegen der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung oder Bestechung und Betruges verurteilt worden sind.
- 3.3 Vor Ablauf der Teilnahmeantrags- bzw. Angebotsfrist darf der Bewerber/Bieter keinerlei Mitteilungen über seine Beteiligung am Wettbewerb und über den Inhalt seines Angebotes machen, sofern diese Mitteilungen einer Erfassung der Wettbewerbsteilnehmer und der Angebote dienen.
- 3.4 Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bewerber/Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bewerber/Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist.

4. Teilnahmeanträge und Angebote

- 4.1 Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich aller Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 4.2 Für die Abgabe eines Teilnahmeantrags bzw. Angebotes sind möglichst die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden.
- 4.3 Teilnahmeanträge und Angebote müssen die vom Bewerber/Bieter angegebenen Anlagen sowie die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten.

Änderungen des Bewerbers/Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- 4.4 Teilnahmeanträge und Angebote können bis zum Ablauf der gesetzten Frist berichtigt, geändert oder zurückgenommen werden. Die Berichtigung, Änderungen oder Rücknahme müssen zweifelsfrei sein und der zur Abgabe vorgeschriebenen Form entsprechen. Nur die Rücknahme eines Teilnahmeantrags oder Angebots ist auch schriftlich oder in Textform zulässig.
- 4.5 Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen, insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bewerbers/Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

5. Angaben/Eigenerklärungen

- 5.1 Soweit lediglich Angaben/Eigenerklärungen gefordert werden, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, zur Behebung von Zweifeln (auch nach dem Teilnahmewettbewerb) entsprechende Bescheinigungen oder Nachweise nachzufordern. Kopien von Nachweisen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben. Eingereichte Nachweise müssen noch gültig und aktuell sein (bei Ablauf der Abgabefrist nicht älter als 12 Monate, soweit aus Inhalt und Zweck des Nachweises nichts anderes folgt, wie z. B. bei Prüfungszeugnissen). Ausländische Bewerber/Bieter haben gleichwertige Nachweise ihrer Herkunftsländer zu führen bzw. gleichwertige Erklärungen abzugeben. Bei fremdsprachlichen Bescheinigungen ist eine amtlich anerkannte Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

- 5.2 Die Eigenerklärungen können auch mit Hilfe der EEE „Einheitliche Europäische Eigenerklärung“ sowie der eEEE „elektronische Einheitliche Europäische Eigenerklärung“ unter <https://ec.europa.eu/tools/espd/filter?lang=de> abgegeben werden. Der Leitfaden für das Ausfüllen der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) kann im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/leitfaden-einheitlichen-europaeischen-eigenerklaerung.html>

6. Nachunternehmer (Unteraufträge, Eignungsleihe)

- 6.1 Beabsichtigt der Bewerber/Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftragnehmer) oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und/oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Teilnahmeantrag benennen.
- 6.2 Der Bewerber/Bieter hat nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat die Namen, die gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.
- 6.3 Nimmt der Bewerber/Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese neben dem Bewerber/Bieter entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe für die Auftragsausführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.
- 6.4 Nimmt der Bewerber/Bieter im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit, wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diejenigen Leistungen, für die diese Kapazitäten benötigt

werden, von dem/den anderen Unternehmen erbracht werden und die anderen Unternehmen als Nachunternehmer benannt werden.

7. Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften

Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften sind zugelassen. Mit dem Ausdruck „Bewerber/Bieter“ sind in den Vergabeunterlagen daher auch Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften gemeint. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft hat die in den Vergabeunterlagen genannten Nachweise, Erklärungen und Angaben zu erbringen. Die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

8. Mehrfachbeteiligungen

8.1 Mehrfachbeteiligungen (einzeln und als Mitglied einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft) sind unzulässig. Vorgesehene Nachunternehmer dürfen nur dann als Mitglieder einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft auftreten oder für mehrere Bewerber/Bieter eingebunden werden (Mehrfachbeteiligungen), wenn der Geheimwettbewerb gewahrt ist, insbesondere keine Einflussnahmemöglichkeit auf die Teilnahmeanträge und Angebote mehrerer Bewerber/Bieter besteht.

8.2 Sofern sich mehrere verbundene Konzernunternehmen (einzeln und als Mitglied einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft) am Verfahren beteiligen, so haben diese ebenfalls den Nachweis zu erbringen, dass der Geheimwettbewerb zwischen den verbundenen Konzernunternehmen gewahrt ist, insbesondere keine

Einflussnahmemöglichkeit auf die Teilnahmeanträge und Angebote mehrerer Bewerber/Bieter besteht.

- 8.3 Der Auftraggeber behält sich die Kontaktaufnahme zum Mehrfachbeteiligten (auch Nachunternehmer) zum Zweck der Prüfung oder Abforderung entsprechender Versicherungen vor.

9. Haftungsausschluss

Der Auftraggeber haftet für unvollständige bzw. unrichtige Angaben in den Vergabeunterlagen nur im Falle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

10. Vertraulichkeit und Geheimhaltung

- 10.1 Auftraggeber und Bewerber/Bieter verpflichten sich, im Rahmen des Vergabeverfahrens erlangte Informationen – auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens – streng vertraulich zu behandeln. Hierzu sind auch durch jeden mit der Erstellung bzw. Auswertung des Angebots beschäftigten Mitarbeiter oder hiermit beauftragte Dritte sowie etwaige durch den Bewerber/Bieter einbezogenen Nachunternehmen und Lieferanten zu verpflichten.
- 10.2 Die vom Auftraggeber dem Bewerber/Bieter überlassenen Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Erstellung des Teilnahmeantrags und/oder des Angebots bzw. im Auftragsfall zur Leistungserbringung verwendet werden. Jede Verwendung für andere Zwecke, Veröffentlichung und/oder Weitergabe an Dritte, auch auszugsweise, bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 10.3 Die Namen der Bewerber/Bieter, die sich an dem Vergabeverfahren beteiligen, werden vom Auftraggeber vertraulich behandelt. Die eingereichten Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich der Anlagen werden auch nach Abschluss des Vergabeverfahrens sorgfältig verwahrt und vertraulich behandelt.

11. Rügen

Bewerber/Bieter haben Verstöße gegen Vergabevorschriften unter Beachtung der Regelungen in § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

12. Vergabenachprüfstelle

Vergabekammer Niedersachsen

beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Auf der Hude 2D-21339 Lüneburg

Tel.: +49 4131 / 15-3306, -3307 und -3308,

Fax: +49 4131 / 15-2943

13. Datenschutz (Informationen nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

- 13.1 Verantwortlicher im Sinne des Datenschutzrechts ist der Auftraggeber im Sinne der besonderen Bewerbungsbedingungen.
- 13.2 Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens werden die nachfolgenden Daten von den Bewerbern/Bietern verarbeitet:
 - Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bewerbern/Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der

Bewerber/Bieter (z. B. Vorname und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer).

- Daten zur Qualifikation und Eignung der vom Bewerber/Bieter eingesetzten Beschäftigten und Referenzen über in der Vergangenheit vom Bewerber/Bieter ausgeführte vergleichbare Leistungen (nebst persönlicher Kontaktdaten der Ansprechpartner). Die Bewerber/Bieter müssen jeweils vor der Benennung sicherstellen, dass die Ansprechpartner in die Weitergabe der persönlichen Kontaktdaten und die Angabe der Referenzen eingewilligt haben.

Diese Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und dem Vergabevermerk beigelegt.

- 13.3 Der Auftraggeber hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die vergaberechtlichen Bestimmungen zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), Sektorenverordnung (SektVO), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A), die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) bzw. die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die jeweiligen vergaberechtlichen Bestimmungen des Landes- und des Haushaltsrechts.

Die Daten werden gestützt auf folgende Rechtsgrundlagen verarbeitet:

- Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DSGVO i. V. m. § 97 Abs. 1 GWB und §§ 122 ff. GWB (bzw. i. V. m. den entsprechenden landes- oder haushaltsrechtlichen Bestimmungen)
- Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e) DSGVO i. V. m. § 97 Abs. 1 GWB und §§ 122 ff. GWB (bzw. i. V. m. den entsprechenden landes- oder haushaltsrechtlichen Bestimmungen).
- Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO

- 13.4 Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung dieser

Daten gesetzlich zulässig ist oder die Bewerber/Bieter in die Übermittlung der Daten eingewilligt haben:

- Weitergabe von Daten an öffentliche Stellen oder Institutionen (Behörden, zum Beispiel im Rahmen einer Strafverfolgung) bei Vorliegen einer rechtlichen Verpflichtung.
- Weitergabe von Daten an die entsprechende Behörde bei Einholung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (bzw. Wettbewerbsregister).
- Weitergabe von Daten an die unterlegenen Bewerber/Bieter, die (soweit erforderlich) einen Antrag auf die Unterrichtung über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters gestellt haben.
- Soweit bei bestimmten Verfahrensarten ein vergaberechtliches Erfordernis besteht, wird für die Dauer von drei Monaten über den vergebenen Auftrag auf der Internetseite des Auftraggebers informiert.
- Weitergabe von Daten an die Vergabenachprüfstelle im Sinne dieser besonderen Bewerbungsbedingungen zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen sowie an die zuständigen Gerichte im Falle von sofortigen Beschwerden oder Klagen.
- Weitergabe von Daten an vom Auftraggeber eingesetzte Auftragsverarbeiter (z. B. im Bereich der Beratungs-, IT- oder Druckdienstleistungen), die die Daten der Bewerber/Bieter weisungsgebunden für ihn verarbeiten. Wenn der Auftraggeber für die Erfüllung seiner Aufgaben ein Unternehmen beauftragt, beachtet er stets die datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Eine Weitergabe der Daten der Bewerber/Bieter erfolgt insbesondere nur nach dem Abschluss von Verträgen zur Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO).
- Wenn es für die Durchführung des Vertrages mit dem späteren Auftragnehmer erforderlich ist, gibt der Auftraggeber dessen Daten beispielsweise an Banken oder Versanddienstleister weiter.

- 13.5 Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten der Bewerber/Bieter gelten grundsätzlich die (landes-)rechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

Darüber hinaus unterliegen der Auftraggeber weiteren Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch oder dem Steuerrecht ergeben. Soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen, werden die betreffenden personenbezogenen Daten für die Dauer der Aufbewahrungspflicht gespeichert. Die Speicherdauer richtet sich zudem nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können. Nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht wird geprüft, ob eine weitere Erforderlichkeit für die Verarbeitung vorliegt. Liegt eine Erforderlichkeit nicht mehr vor, werden die Daten gelöscht.

- 13.6 Die personenbezogenen Daten der Bewerber/Bieter werden grundsätzlich nur in Rechenzentren der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union verarbeitet. Eine Übermittlung in ein Drittland kommt nur dann in Frage, wenn der Bewerber/Bieter dem Auftraggeber seine Einwilligung erteilt hat oder wenn der Auftraggeber einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO unter Berücksichtigung der Standardvertragsklauseln der Europäischen Union oder anderen geeigneten Garantien abgeschlossen hat.

- 13.7 Den Bewerbern/Bietern stehen die nachfolgenden Rechte aus der DSGVO zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO): Die Bewerber/Bieter haben das Recht auf Auskunft zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten.
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO): Die Bewerber/Bieter haben das Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.
- Recht auf Löschung / Recht auf „Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO): Die Bewerber/Bieter haben das Recht auf Löschung personenbezogener Daten,

insbesondere wenn die Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder sie eine Einwilligung widerrufen haben.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung / Sperrung (Art. 18 DSGVO):** Die Bewerber/Bieter haben das Recht auf Einschränkung, insbesondere wenn die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von den Bewerbern/Bietern bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Auftraggeber ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO):** Die Bewerber/Bieter haben das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem Auftraggeber bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Auftraggeber zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder auf einem Vertrag beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.
- **Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO):** Die Bewerber/Bieter haben das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere bei einer Verarbeitung zur Betreibung von Direktwerbung. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.
- **Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling (Art. 22 DSGVO):** Die Bewerber/Bieter haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags erforderlich ist, aufgrund von gesetzlichen Vorschriften zulässig ist und diese Vorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten sowie ihrer berechtigten Interessen enthalten oder mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

- Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO): Die Bewerber/Bieter haben das Recht, sich über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftraggeber bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren. Eine Liste der Landesdatenschutzbeauftragten sowie ihrer Kontaktdaten können unter diesem [Link](#) abgerufen werden.
- 13.8 Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist gemäß Art. 13 Abs. 2 lit. e) DSGVO regelmäßig für die Anbahnung, den Abschluss, die Abwicklung und Rückabwicklung eines Vertrages erforderlich. Für den Fall, dass Bewerber/Bieter die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, ist dem Auftraggeber ein Abschluss und eine Erfüllung eines Vertrages mit ihnen nicht möglich.
- 13.9 Der Auftraggeber hat einen Datenschutzbeauftragten benannt. Sie erreichen diesen unter folgenden Kontaktmöglichkeiten:

Braunschweig Beteiligungen GmbH
Am Hauptgüterbahnhof 28
38126 Braunschweig
Telefon: 0531 28639-903
E-Mail: datenschutz@betges.de